

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Vor einer historischen Herausforderung

500 MILLIARDEN – in Panik angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Finanzmärkte und des Absturzes in die allgemeine Wirtschaftskrise haben Merkel und die SPD-Minister der Großen Koalition, Steinbrück und Steinmeier, ein Notprogramm aufgelegt, um die Banken und Finanzjongleure, die zuvor gigantische Spekulationsgewinne und Renditen eingestrichen haben, nun mit einer staatlichen Bürgschaft von 400 Mrd. Euro und zum anderen mit direkten Kapitalspritzen bis zu 100 Mrd. Euro aus dem öffentlichen Haushalt zu retten.

500 Milliarden Euro – bei einem Bundeshaushalt von ca. 280 Mrd. 35% der wahrscheinlichen Belastungen werden den Bundesländern ohne vorherige Diskussion aufgebürdet.

Dieses Notprogramm zur Rettung des Finanzsystems, des „Finanzstandorts Deutschland“, d.h. zur weiteren Fortsetzung der Renditejagd und der Spekulation, soll in einer beispiellosen Aktion innerhalb einer Woche durch Bundestag und Bundesrat gepetscht werden.

Und der „engere Parteivorstand“, die Müntefering, Steinmeier, Steinbrück, und mit ihnen Nahles und Wasserhövel, segnen diese ungeheuerliche Maßnahme ab.

„Weg mit den Etiketten“ – Agenda ist „Vergangenheit“, ist die neue Sprachregelung dieser Steinmeier und Müntefering, die sich in die Positionen des Kanzlerkandidaten und Parteivorsitzenden geputscht haben, um die Fortsetzung der Agenda-Politik zu garantieren.

Agenda 2010 – das war die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Finanzsysteme im Namen der Verteidigung und Stärkung des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“;

Agenda 2010 – das war die Entfesselung der Spekulation, die Bedienung der „unverantwortlichen Gier“ einiger Weniger nach immer höherer Rendite – auf Kosten der Demontage des Sozialstaates,

der Zertrümmerung der sozialen Sicherungs- und Tarifvertragssysteme, der Schrumpfung des öffentlichen Dienstes durch Kürzungen und Privatisierungen.

Und heute wird denselben, die sich hemmungslos bereichert haben, erneut im Namen der Sicherung des „Finanz- und Wirtschaftsstandorts Deutschland“ und unter Berufung auf eine „gesamtstaatliche Verantwortung“ mit einem Milliarden-Raub an staatlichem Vermögen garantiert, dass es weiter gehen kann mit der Renditejagd und Spekulationsgewinnen.

Ist das etwas anderes als eine noch schlimmere Fortsetzung der Agenda-Deregulierungs-Politik? Wer wird denn für diese gigantische Plünderung des staatlichen Vermögens zahlen müssen?

Im Namen von „mehr Gerechtigkeit“ fordern die Metaller-KollegInnen 8% mehr Lohn, nachdem jahrelang die Unternehmer aus erzwungener Reallohnsenkung und Zersetzung der Tarifverträge ihre horrenden Gewinne gezogen haben.

Jetzt werden den KollegInnen unter dem Druck der von den Spekulanten und Profiteuren verschuldeten Krise einerseits über die Kürzungen im öffentlichen Haushalt weitere soziale Einschnitte abverlangt, während andererseits – ebenfalls im Namen der Krise – erneuter Lohnverzicht erpresst werden soll.

Kann es zugelassen werden, dass – von den SPD-Ministern und „engerem Vorstand“ auch noch gefördert – die mit der Agenda-Politik forcierte gigantische Umverteilung öffentlicher Gelder in die Spekulation fortgesetzt wird?

Nein! – sagen die Metaller, die bereit sind, für die 8% mehr Lohn zu kämpfen.

Nein! – sagen die 135.000 Beschäftigten aus dem Gesundheitswesen, die am 25. September in Berlin für die Rettung der Krankenhäuser demonstriert haben.

Nein! – sagen die 60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen mit ihrem Aufruf gegen die Schäden der Agenda-

Politik und für mehr soziale Gerechtigkeit.

Angesichts der hereinbrechenden Krise der Weltwirtschaft, die alle Gesellschaften vor neue bedrohliche Herausforderungen stellt, steht die SPD, die traditionelle politische Interessenvertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft, die SPD, in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen, dem DGB, vor historischen Herausforderungen.

Niemand kann in Müntefering, Steinmeier und Steinbrück eine SPD-Führung erkennen, die ein solches Programm zum Schutz der Lebensinteressen der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der zerstörerischen Krise zu ihrem Handlungsauftrag machen würde.

Die arbeitende Bevölkerung und Jugend braucht die Entscheidung der SPD und eine entsprechende SPD-Führung, die als Antwort auf die Krise nicht zugunsten des Kapitals und der Spekulanten ein Programm für eine noch gigantischere Umverteilung von unten nach oben auflegt – sondern ein Programm zum Schutz der Gesellschaft vor der Krise.

Die ArbeitnehmerInnen brauchen eine SPD, die an der Seite der Metaller steht im Kampf für Löhne zum Leben.

Der Aufruf der 60 SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, schreiben die SPD-GenossInnen in ihrer Erklärung an die Parteitage delegierten:

„Die Entscheidung der SPD für den Aufruf der 60 als Grundlage für ihr Wahlprogramm, für Sofortmaßnahmen zur ‘Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten’ und zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise, wird die engagierte Unterstützung der SPD-Mitglieder, der ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften finden und ihr die Kraft geben für die Rückeroberung der Regierungsmehrheit für die SPD.“

CARLA BOULBOULLÉ